

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

22.03.2023

MdL Dirk Bruhn

TOP 16

a) Beratung des Antrages der Fraktion der AfD

Weidetierhaltung und Artenschutz müssen konsensfähig sein – Wolfsbestände regulieren

- Drucksache 8/1861 -

in Verbindung mit:

b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU

Zukunft des Wolfes in Deutschland – Mehr Monitoring, mehr Management, natürliche Bestandsgrenze anerkennen

- Drucksache 8/1934 -

in Verbindung mit:

c) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP

Zukunft der Weidetierhaltung sichern – Aktives Wolfsmanagement endlich ermöglichen

- Drucksache 8/1939 –

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit, eine meiner ersten Reden hier im Landtag zu einem Thema zu halten, das Landwirte, insbesondere Weidetierhalter, Menschen, Politik und mich gleichermaßen bewegt.

Ein Thema, das zwischen übertriebenem Tierschutz und der Annahme Rotkäppchen sei ein Tatsachenbericht schwangt. Dabei entstehen diffuse Ängste und eine verzerrte Aufnahme der Realität. Dies macht die Debatte schwierig.

Es wird seit einigen Jahren, nicht nur von Minister Dr. Backhaus und den Naturschutzverbänden anerkannt, dass die Entwicklung der Wolfspopulation in ganz Deutschland ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern eine Erfolgsgeschichte für den Naturschutz ist. Es ist gelungen, eine seit mehr als 100 Jahren durch den Menschen ausgerottete Art wieder hier heimisch werden zu lassen. Für diesen Erfolg gab es mehrere Gründe. Einer davon - aus meiner Sicht der entscheidende – ist die strenge Unterschutzstellung dieses großen Raubtieres. Dies führte über Jahre hinweg zu einer exponentiellen Wachstumsrate der Wolfspopulation in Deutschland. Insbesondere Brandenburg, das wohl europaweit am dichtesten von Wölfen besiedelte Bundesland, war davon betroffen. Aber auch in Mecklenburg-Vorpommern kommen spätestens seit 2006 Wölfe wieder dauerhaft vor. Mit Ende des Wolfsmonitoring-Jahres 2021/22 gilt 50 Prozent der Landesfläche wieder als vom Wolf besiedelt. In fast allen Regionen mit größeren Waldkomplexen wurden Wölfe bisher nachgewiesen. Mittlerweile geht die Wissenschaft davon aus, dass in den am dichtesten von Wölfen besiedelten Regionen ein Plateau des Wachstums erreicht ist und hier die Entwicklung stagniert. In unserem Bundesland scheint es aber noch genügend freie Reviere zu geben, dass hier die Zahlen wohl weiter steigen werden.

Eine anwachsende Wolfspopulation in Mecklenburg-Vorpommern führt natürlicherweise auch zu zunehmenden Konflikten insbesondere mit der Weidetierhaltung, deren positive Entwicklung hoffentlich in unser aller Interesse liegt. Um diesen Konflikt auszuräumen, fordert die AfD-Fraktion, den Wolf in das Landesjagdgesetz aufzunehmen. Diese Forderung suggeriert eine Lösung dieses Konfliktes. Eine Aufnahme des Wolfes in ein Landesjagdgesetz ändert nichts an der strengen Unterschutzstellung dieser Art. Zudem ist es heute schon möglich, sogenannte Problemwölfe, die durch wiederholte Übergriffe auf Weidetiere aufgefallen sind, zu entnehmen oder um es klar auszusprechen, zu töten. Des Weiteren wird gefordert, dass in Mecklenburg-Vorpommern feste Wolfsgebiete auszuweisen sind, in denen sich die Wolfspopulation vorerst ungestört entwickeln darf. In allen anderen Gebieten soll der Wolf bejagt werden. Verbunden soll dies mit einer Bestandsobergrenze nur für unser Bundesland. Wird diese „Obergrenze“ überschritten, werden Wölfe abgeschossen. Diese vermeintlich einfachen Lösungen können und werden nicht funktionieren. Meine Fraktion wird den Antrag der AfD vollständig ablehnen.

Am 18. Januar 2023 fand auf Grundlage eines Antrags von CDU/CSU- auf Bejagung von Wölfen als Teil eines Bestandsmanagements eine öffentliche Anhörung im Bundestag statt. Bei den angehörten Experten war die Bejagung von Wölfen umstritten. So positionierte sich Frank Hahnel vom Schafzuchtverband Berlin/Brandenburg deutlich gegen Jagdquoten und Obergrenzen.

Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin aus der Berichterstattung zur Anhörung: „Nicht eine bestimmte Zahl von Wölfen sei seiner Meinung nach problematisch, sondern ein bestimmtes Verhalten der Tiere. Daher müssten die entnommen werden, die Weidetiere gefährdeten – unabhängig von einer festgelegten Zahl. Quoten seien ebenso abzulehnen, denn es sei zu befürchten, dass Rudel durch Bejagung geschwächt und erst recht gezwungen würden, Schafe oder Ziegen anzugreifen, so Hahnel in seiner Stellungnahme.“ Zitat Ende. Es gab einen illegalen Abschuss in Brandenburg, als ein Alpha-Rüde aus einem Rudel getötet wurde. Anschließend nahmen die Übergriffe dieses Rudels auf Weidetiere stark zu. Frau Ilka Reinhard vom Lupus Institut für Wolfsmonitoring und -forschung in Deutschland gab zu bedenken, (ich zitiere) „, dass die Bejagung von Wölfen nicht unbedingt zur Befriedung von Konflikten führe. Das zeigten die Beispiele Schweden und Frankreich, die die Union in ihrem Antrag als Vorbild herangezogen hatte, deutlich.“

Mittlerweile gibt es in der Wissenschaft eine klare Evidenz dafür, dass das geeignetste Mittel Herdenschutzmaßnahmen sind. Sicherlich hilft das nicht zu 100 Prozent, denn hundertprozentigen Herdenschutz gibt es nicht. Das muss allen auch hier im Haus klar sein. Deshalb kommt es aus unserer Sicht darauf an, alle Schäden durch Wölfe für Betriebe und Hobbyhalter schnell und vor allem unbürokratisch auszugleichen. Und vor allem müssen auffällig gewordene Tiere endlich zügig entnommen werden, und das darf auch nicht an Kreis- oder Bundesländergrenzen scheitern. Hier ist noch vieles zu tun und zu vereinfachen. Vor allem brauchen die unteren Naturschutz- und Jagdbehörden einfachere und rechtssicherere Regeln, damit „Problemwölfe“ schneller und unbürokratischer entnommen werden können. Wir müssen diesen Mitarbeitern den Rücken stärken und klare Handlungsempfehlungen mit auf den Weg geben. Keiner von ihnen soll Angst haben, dass er bei Erteilung einer Abschussgenehmigung verklagt und gegebenenfalls sogar verurteilt wird. Und zum Ende meines Beitrags noch etwas: Vielfach wird behauptet, dass der Wolf Schuld sei an der Misere der Schaf- und Ziegenhalter. Im am dichtesten von Wölfen besiedelte Brandenburg kann zum Beispiel keine direkte Korrelation zwischen dem Anstieg der Wolfspopulation und dem Rückgang weidetierhaltender Betriebe gezogen werden. Vielmehr scheinen die Nutzung der GAP-Förderung, die in Deutschland keine Möglichkeit von Weidetierprämien vorsah, die Hauptursache des Rückgangs gewesen zu sein – so sagte es in der bereits erwähnten Anhörung Andreas Schenk vom Bundesverband Berufsschäfer e. V.

Mit der Weidetierförderung ab diesem Jahr haben wir eine gute Chance, eine bessere Koexistenz von Weidetierhaltung und Artenschutz beim Wolf hinzubekommen, weil sich hoffentlich die ökonomischen Faktoren für die Betriebe verbessern. Meine Fraktion wie auch unsere Bundestagsfraktion haben eine Weidetierprämie in ausreichender Höhe seit vielen Jahren gefordert. Allerdings ist die Höhe dieser Prämie für mich nicht ausreichend, um wirklich ernsthaft zu unterstützen und zu helfen.

Die Anträge von CDU und FDP versuchen im Gegensatz zur AfD dem Thema gerecht zu werden. Einzelnen Punkten kann ich zustimmen. Viele Forderungen sind heute schon möglich und deshalb entbehrlich. Aber gerade die Sachverhalte zu Bestandsgrenzen und Populationsentwicklung sind sehr einseitig ausgelegt oder noch nicht abschätzbar oder auch schlicht falsch. Ein Beispiel aus dem CDU-Antrag. Das Abstellen auf Daten aus Gebieten in Kanada oder der russischen Taiga. Zum ersten kann ich dies nicht mit Gebieten in Deutschland vergleichen. Zum anderen ist der Bestand der anderen Wildtiere in MV viel höher. Dies hat aber entscheidenden Einfluss auf die Anzahl der Wölfe. Aus den genannten Gründen wird meine Fraktion die Anträge ablehnen. Ich freue mich aber über einen weiteren fachlichen Disput zum Thema.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.